

Man wird darauf hinweisen müssen, dass assistierter Suizid nicht zum Angebot christlicher Einrichtungen gehört. Dennoch zählt am Ende der Blick auf den leidenden Menschen. Ein Gastkommentar.

Suizidbeihilfe: Spielraum für die Barmherzigkeit

„Erleichterung“ ist das erste Gefühl, das sich aus der Perspektive christlicher Ethik angesichts der Lektüre der Gesetzesvorlage zur Neuregelung der Suizidassistenten einstellen kann. Im Zentrum des neuen Sterbeverfügungsgesetzes steht die Selbstbestimmung, doch wird sie kein unbeschränktes Anspruchsrecht auf assistierten Suizid für alle begründen. Die neue Gesetzesvorlage mit ihren zahlreichen Bedingungen hat eindeutig die Schutzpflicht des Staates für leidende und sterbende Menschen im Blick. Deren Selbstbestimmung wird durch die Selbstbestimmung all derjenigen begrenzt, die um Assistenz gebeten werden, auch als Angehörige des medizinischen oder pflegenden Personals. Fürs erste sieht es jedenfalls *nicht* danach aus, als ob der österreichische Gesetzgeber eine Ausweitung der Liberalisierung in Richtung der „Tötung auf Verlangen“ plane.

Zunahme von „Bilanzsuiziden“?

Wachsamkeit ist dennoch geboten, und der Teufel liegt wie stets im Detail: Was genau ist eine „schwere dauerhafte Krankheit mit anhaltenden Symptomen“, die Leidenszustände verursacht, welche nur durch Beihilfe zum Suizid beseitigt werden können? Empfinden Menschen mit einer schweren Beeinträchtigung oder psychisch Kranke die Option Suizid als lang ersehnten Ausweg aus einer unerträglich gewordenen Situation oder interpretieren sie ihn als eine Art gesellschaftlichen Wink mit dem Zaunpfahl, als „hoffnungsloser Fall“ nun doch endlich über assistierten Suizid nachzudenken? Gerade psychisch Kranke reagieren äußerst sensibel auf soziale Stigmatisierung, denn sie ist ihnen nur allzu vertraut. Zwar sind sie den internationalen Statistiken zufolge in den wenigsten Fällen entscheidungsfähig, frei und selbstbestimmt, doch gibt es eben auch Betroffene, die den Entschluss zum Suizid langfristig aufrechterhalten und ihre Entscheidung *nicht* aus einem verzweiferten Affekt heraus treffen. Es ist anzunehmen, dass sich die Zahl dieser „Bilanzsuizide“ durch eine liberalisierte Gesetzgebung in Zukunft erhöhen wird.

Gesetze sind immer auch Ausdruck gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und wirken auf sie zurück. Hier ist festzustellen, dass

der Mythos des freien, selbstbestimmten Menschen derzeit fröhliche Urständ feiert, während die Erfahrung der Angewiesenheit auf andere, die de facto Teil jedes Menschenlebens ist, immer häufiger gerade von denjenigen als unzumutbare Kränkung erlebt wird, die im Leben gerne alles unter Kontrolle haben, auch das Sterben. Ein *relationales* Verständnis von Selbstbestimmung, das im Kontext einer Gesellschaft verortet ist und die Schattenseiten des Individualismus kritisiert, ist allerdings kaum durch gesetzliches *Procedere* regelbar. Es thematisiert die sozialen, politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen des Ster-



DIESSEITS
VON GUT
UND BÖSE

Von
Angelika Walser

„Ganz sicher braucht es nirgendwo weniger moralische Be- und Verurteilung als in der Situation des Sterbens.“

bens, die mit darüber entscheiden, ob wir bei aller Sehnsucht nach Selbstbestimmung auch die zur menschlichen Existenz gehörende Angewiesenheit auf andere zulassen und den Preis für sie bezahlen wollen – indem etwa der gesetzlich garantierte Anspruch auf Palliativpflege, den der Europarat bereits 1999 (!) gefordert hat, endlich in die Praxis umgesetzt wird.

Genau unter dem Vorzeichen relationaler Selbstbestimmung muss auch eine christlich-alternative Lebens- und Sterbekultur ins Spiel kommen: Die Erfahrung, als Mensch gerade dann angenommen zu sein, wenn man nicht (mehr) leistungsfähig, sondern auf Hil-

fe angewiesen ist. „Du bist wichtig, weil du DU bist und du bist bis zum letzten Augenblick deines Lebens wichtig.“ Dieses Motto der Begründerin der Hospizbewegung, Cicely Saunders, richtet den Blick auf diejenigen Menschen, welche vermutlich vermehrt den Wunsch nach assistiertem Suizid äußern werden.

Hier befinden sich allerdings besonders die katholischen Seelsorger(innen) in einem echten Dilemma: Redlicherweise wird man Menschen mit einer Sterbeverfügung darauf hinweisen müssen, dass assistierter Suizid grundsätzlich nicht zum selbstverständlichen Angebot einer christlichen Einrichtung gehören kann. Dennoch zählt – Saunders folgend – am Ende allein der Blick auf den leidenden Menschen. Unter diesem Gesichtspunkt ist nun auch in kirchlichen Einrichtungen offen zu diskutieren, ob hier nicht die Suizidassistenten von Angehörigen oder Freunden im Einzelfall und unter Wahrung der Gewissensfreiheit aller Beteiligten zumindest *geduldet* werden kann. Ganz sicher braucht es nämlich nirgendwo weniger moralische Be- und Verurteilung als beim Sterben. Hier braucht es vertraute Menschen, die den Sterbenden bis zuletzt nicht im Stich lassen, auch wenn sie selbst nicht zur Sterbeassistenten bereit sind.

Suizidassistenten von außen?

Wie aber verfahren, wenn keine Angehörigen und Freunde mehr da sind? Könnte in diesem Fall zumindest zur Beschaffung des Sterbemedikaments auf ehrenamtliche Suizidassistenten von außen zurückgegriffen werden, wenn die Seelsorger(innen) diesen Schritt nicht tun wollen? Die Einrichtung von internen Ethikkommissionen zur Lösung dieser Probleme ist eine beliebte, aber heikle Angelegenheit, weil hier die Last einer individuellen Selbstbestimmung zurück an die Institution delegiert wird. Die neue Gesetzesvorlage lässt Spielraum für Einzelentscheidungen. Es ist anzunehmen und zu hoffen, dass auch katholische Einrichtungen Wege finden, der Barmherzigkeit Gottes ihren Spielraum zu lassen, ohne ihre allererste Option für das Leben aufzugeben.

Die Autorin ist Professorin für Moralthologie und spirituelle Theologie an der Uni Salzburg.



QUINT-
ESSENZ

Von Brigitte Quint

Das ist mir zu steil

Eine Geburtstagsfeier. In Oberösterreich. Ein Freund ist eingeladen. Er weiß, dass Impfgegner unter den Gästen sind. Fundamentale Impfgegner. Er spielt mit dem Gedanken, hinzufahren. Nicht, um zu feiern. Er überlegt, ob es eine Chance gibt, seine alten Bekannten, Freunde, Nachbarn, zu überzeugen. Mit Argumenten. Oder einem Appell. Oder einem Ordner voller Statistiken und Studien.

Oder durch Verständnis. Einfühlungsvermögen. Genaues Zuhören und Hinhören. Oder durch eine Schimpftirade. Einen Wutanfall. Die Drohung, Freundschaften aufzukündigen. Auch Betteln, Flehen, Wehklagen zieht er in Erwägung. Oder einen Weinkrampf.

Der Freund fragt mich. Nach meiner Meinung. Er will wissen, welchen Weg ich wählen würde. Ich schweige. Länger, als er es von mir gewohnt ist. Er weiß, dass ich auf verzwickte Sachverhalte stehe. Meist sage ich dann das, was mir spontan durch den Kopf geht. Um es dann wieder zu verwerfen. Oder weiterzuspinnen. Ich diskutiere, überlege laut, lasse mich überzeugen. Oder eben nicht. Aber eine Quint-Essenz kommt am Ende meistens dabei heraus.

Die Geburtstagsfeier in Oberösterreich. Diese Causa ist mir zu steil. Allen voran das wohlgemeinte Ansinnen, die Anwesenden zu missionieren. Mein Kopf ist leer. Mir fällt nichts dazu ein. Ich schweige. Der Freund schaut mich fragend an. „Lass es“, sage ich irgendwann. Ich weiß es einfach. Er wird scheitern. Auf ganzer Linie. Seine Belehrungen oder sonstigen Tricks werden die Geburtstagsgäste kalt lassen. Im besten Falle. Damit gilt es umzugehen. Und zwar, ohne sich die Köpfe einzuschlagen. Das ist die eigentliche Herausforderung. Für alle. Corona ist dagegen ein Klacks.

ZUGESPITZT

PCR-Test GRATIS!

Groß sind die Anstrengungen der Politik gegen Corona. In Niederösterreich etwa gibt es Gratis-PCR-Teststationen. Neun Stück für über eine Million Menschen. Lokalaugenschein in Horn, Montag acht Uhr früh. Maskierte scharen sich um den Automaten. Ungläubig. Der Glaskasten ist gefüllt mit Tests, aber er gibt sie nicht her, sondern besteht laut Anzeige darauf, er sei leer. Kann ja passieren, dumm nur, wenn man für diese Information 40 Kilometer gefahren ist. Zu erreichen ist eine Website des Landes. Dort steht, dass es bald keine PCR-Automaten mehr geben wird. Das Gute an Horn: Es gibt hilfsbereite Menschen, die mit einer Handvoll Testkits aushelfen. Wer eines bekommt, hat Glück, andere nicht. Die Glücklichen machen den Test. Die Aufregung ist groß und steigt nach 24 Stunden spürbar, als es noch kein Testergebnis gibt. Wird schon kommen. Kommt aber nicht. Nicht am Vormittag, nicht am Nachmittag. Es wird Abend, Nacht. Um ein Uhr früh, 40 Stunden nach Abgabe, erfährt man per SMS: Test negativ. Der Niederösterreicher hat jetzt noch 32 Stunden, bevor dieses Ergebnis verfällt. Und was tut er in diesen Stunden? Er sucht eine Teststation. Zuvor noch füllt er einen Fragebogen aus, den ihm das Land zugeschickt hat. Frage 1 lautet: „Wie gut ist Niederösterreich ...?“

Oliver Tanzer

PORTRÄTIERT

Barbados' Weg in die Unabhängigkeit

Mit klaren Worten sorgte Mia Amor Mottley, die Ministerpräsidentin des Inselstaates Barbados, auf der Klimakonferenz in Glasgow für Aufsehen: „Welche Entschuldigung sollen wir für das Versagen geben?“, fragte sie in die Runde der rund 130 Staats- und Regierungschefs, die für den Gipfel angereist sind. Die Industriestaaten würden sich „unmoralisch und ungerecht“ verhalten, so Mottley. Eine Erderwärmung von zwei Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Zeiten würde für Inselstaaten wie Barbados ein „Todesurteil“ bedeuten.

Mottley, Ministerpräsidentin und Politikerin der sozialdemokratischen Barbados Labour Party (BLP), führt den Inselstaat in unruhigen Zeiten. Neben der Corona-Pandemie, die es zu bewältigen gilt, und den Herausforderungen des Klimawandels trennte sich Barbados erst in diesem Jahr von der britischen Krone. Seit 1966 gehörte es zur britischen Kolonie. Im August dieses Jahres wählten die Bewohner der bevölkerungsreichsten und wohlhabendsten Karibik-Insel ein eigenes Staatsoberhaupt. Die Wahl fiel auf die Anwältin und Politikerin Sandra Prunella Mason. Sie wird die Queen offiziell am 30. November als Präsidentin ablösen. Mit Mottley und Mason regieren damit bald zwei Frauen das Land.

Mottley wurde 1965 geboren und ist seit 1994 Mitglied des Parlaments von Barbados. Von 1994 bis 1996 war sie Bildungsministerin, 2001 wurde sie zur Generalstaatsanwältin ihres Landes und zu-



Die Ministerpräsidentin von Barbados, Mia Mottley (56), warnte auf der Klimakonferenz in Glasgow vor den verheerenden Folgen des Klimawandels.

gleich zur Innenministerin ernannt. Anschließend war sie von 2003 bis 2008 stellvertretende Premierministerin und von 2006 bis 2008 Wirtschaftsministerin. Als Oppositionsführerin gelang Mottley bei der Parlamentswahl am 24. Mai 2018 ein Erdrutschsieg, bei dem die BLP 74,6 Prozent der Stimmen und alle 30 Parlamentssitze erhielt. Am folgenden Tag wurde sie als achte und erste weibliche Premierministerin von Barbados vereidigt. Neben diesem Amt ist Mottley auch Ministerin für Finanzen, Wirtschaft und Investitionen sowie Ministerin für nationale Sicherheit und den Zivildienst. Mit Mason erhält sie zum ersten Mal eine vom Volk gewählte Präsidentin. Für Mottley bleibt es also weiterhin geschichtsträchtig.

(Manuela Tomic)